

Zitierhinweis

Plenefisch, Julian: Rezension über: Richard J. Samuels, 3.11. Disaster and Change in Japan, Ithaca: Cornell University Press, 2013, in: Neue Politische Literatur, 58 (2013), 2, S. 354-355, DOI: 10.15463/rec.1189737871, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Im zweiten Teil des Buches, der den Zeitraum von 1940 bis heute abdeckt, vollzieht Mazower einen Perspektivwechsel. Anstelle der europäischen Staaten richtet er nun, wie der Titel „Weltherrschaft auf Amerikanisch“ schon ankündigt, sein Augenmerk auf die Vereinigten Staaten von Amerika und deren ambivalentes Verhältnis zum Konzept internationaler „governance“. Ausgehend von der Atlantik Charta von 1941 beschreibt er facettenreich die zentrale Rolle der USA beim Aufbau des Systems der Vereinten Nationen und dem damit verbundenen Versuch, eine Art „New Deal“ für die Welt in der Nachkriegszeit zu etablieren. Im beginnenden Kalten Krieg konstatiert Mazower, dass die internationalen Institutionen für Washington zu einem unentbehrlichen Komplizen und wesentlichen Instrument wurden, um die erlungene Weltmachtstellung abzusichern (S. 226). Die Dekolonisation stellt für ihn nicht nur den welthistorischen Höhepunkt der UNO dar, sondern markiert aufgrund der veränderten Zusammensetzung durch die Aufnahme ehemaliger Kolonien als Neumitglieder auch eine entscheidende Zäsur im Verhältnis der USA zu den Vereinten Nationen ab den 1970er Jahren (S. 281).

Aufgrund der insgesamt sehr dichten Beschreibung der internationalen Politik seit 1945 sowie der Beschäftigung mit einer enormen Themenpalette, die bis zur aktuellen internationalen Finanzkrise reicht, drohen an manchen Stellen die Konturen etwas zu verschwimmen und die klaren Leitfragen in den Hintergrund zu rücken. Einige Aspekte des Buches werden zudem in der Geschichtswissenschaft gerade kontrovers diskutiert. Zum Beispiel wird der ausschließlichen Akzentuierung der Menschenrechtsentwicklung seit den 1970er Jahren (S. 325ff.) eine längere Geschichte der Menschenrechte gegenübergestellt, während die alleinige Verortung des Konzepts der humanitären Intervention erst nach dem Ende des Kalten Kriegs (S. 383ff.) mit dem Verweis auf Interventionsfälle im Zeichen der Humanität im 19. Jahrhundert ernsthaft in Frage gestellt wird. Diese kritischen Anmerkungen schmälern aber keineswegs den positiven Gesamteindruck eines Buches, das einen sehr wichtigen Beitrag zur Geschichte des Internationalismus liefert und sicherlich weitere fruchtbare Diskussionen anstoßen wird. Mazowers unverkennbarer Schreibstil macht das Buch zudem zu einem Lesevergnügen besonderer Güte und ist daher einer

breiteren Leserschaft auch außerhalb der akademischen Welt wärmstens zu empfehlen.

Mainz

Fabian Klose

Beitrag zu politikwissenschaftlichen Krisentheorien

Samuels, Richard: 3.11. Disaster and Change in Japan, 274 S., Cornell UP, Ithaca, NY 2013.

Führen schwere Krisen in einer Gesellschaft zu institutionellem Wandel? Dieser Frage widmet sich Richard Samuels, Massachusetts Institut of Technology, hinsichtlich des Erdbebens vom März 2011 in Japan. Bereits nach kurzer Zeit war eine Vielzahl von Beiträgen erschienen, die aber nur wenig über die Langzeitfolgen der Krise sagen konnten; exemplarisch seien hier die Titel von Johannes Hano (2011) oder Florian Coulmas/Judith Stalpers (2011) genannt. Zwei Jahre nach „3.11“ fragt Samuels nun, ob die Krise überhaupt zu institutionellem Wandel in Japan geführt habe. Damit hinterfragt er Theorien der Institutionenforschung, die eine Kausalität zwischen Krise und Wandel sehen. Dazu analysierte der Autor einen umfangreichen Korpus an Zeitungsartikeln, Regierungspapieren und Interviews mit relevanten Akteuren aus Politik, Militär, Wirtschaft, Bürokratie und Zivilgesellschaft.

Den Kern der Publikation bildet die Analyse der Effekte von „3.11“ auf Sicherheitsinstitutionen, Energiepolitik und staatliche Institutionen. Samuels weist mittels einer Analyse relevanter Akteure überzeugend nach, dass sich im Diskurs um „3.11“ drei Diskursfäden finden lassen. Einige Beteiligte fordern schnelle Veränderung, beispielsweise die Normalisierung des Militärs oder den Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Stoßrichtung nennt der Verfasser „put in a gear“ („einen Gang hochschalten“). Die zweite Akteursgruppe verstehe die Krise als Warnzeichen für fehl gelaufene Entwicklungen und plädiere für die Rückkehr zu einer besseren, idealeren Vergangenheit. Dies nennt Samuels „back to the future“ („zurück in die Zukunft“). Die meisten Beteiligten hingegen sähen im Krisenmanagement alle bestehenden Institutionen bestätigt: Das Militär hätte aufgrund seiner bereits bestehenden Struktur effizient gehandelt; die Energiesicherheit Japans wiege schwerer als die

Angst vor weiteren Unglücken, die kommunale Selbsthilfe beweise, dass das System funktioniere. Dies fasst der Autor als „stay the course“ („den Kurs halten“) zusammen.

Samuels kommt zu dem Schluss, dass es wegen „3.11“ im Verhältnis des Staats zum Militär, in der Energiepolitik und in der Beziehung zwischen kommunaler und nationaler Ebene nur kleine Veränderungen gegeben habe. Auch linke Bürgermeister hätten das Militär um Hilfe gebeten und es gäbe neue Kooperationen zwischen zivilen und militärischen Behörden. Auf kommunaler Ebene genieße die Idee der lokalen Energieversorgung Aufwind. Die dreifache Katastrophe hatte laut Samuels zur Folge, dass Gemeinden bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Hilfe im Katastrophenfall geschlossen hätten, die teilweise bereits zu größeren Netzwerken gewachsen seien. Der große Wandel sei aber in allen drei Bereichen ausgeblieben.

Warum gab es keinen Wandel? Dazu zitiert Samuels einen japanischen Politiker mit der Aussage: „3.11 sind zwanzigtausend Menschen zum Opfer gefallen, aber in Japan begehen jährlich dreißigtausend Selbstmord. Wie solle man erwarten, dass das Erdbeben einen Wandel wie nach dem Zweiten Weltkrieg auslösen würde?“ (S. 180). So kommt Samuels zu dem Ergebnis, dass ein gesellschaftlicher Wandel, den einige politologischen Modelle nach einer solchen Krise erwarten würden, ausblieb, weil Akteure den Diskurs dominierten, die diesen Wandel aus unterschiedlichen Gründen ablehnten. Der Autor schlussfolgert daher, dass auch große Krisen wie „3.11“ keineswegs grundsätzlich Veränderungen in der Gesellschaft bewirken müssen.

Das erste Kapitel bietet einen spannenden Überblick über die ersten Minuten nach dem Erdbeben. Dies findet sich aber auch in anderen Arbeiten. Das dritte Kapitel verortet „3.11“ auf eine spannende Weise historisch, ist für die Hauptthese aber nicht zentral. Enttäuschend ist das Fazit, dass die wirklichen Folgen von „3.11“ immer noch nicht abzusehen seien. Diese ehrliche Schlussfolgerung ist aber auch der einzige Wermutstropfen. Denn vor allem sind Samuels Quellen beeindruckend. Es ließe sich zwar kritisch diskutieren, ob eine Google-Recherche die beste Methode für eine Diskursanalyse ist. Doch dies stellt nicht die Basis der Empirie dar. Bemerkenswert sind die Interviewpartner, die Samuels mit einzigartigen Informationen versorgten. Dies ist das Alleinstellungsmerkmal dieses Buchs und macht es anderen Arbeiten überlegen. Samuels verfügt über einmalige

Netzwerke in Politik, Militär und Wirtschaft. Andere Forscher haben es schwer, mit vergleichbaren Quellen aufzuwarten. Mit dieser Publikation bietet Samuels daher einen wichtigen Beitrag zu politikwissenschaftlichen Krisentheorien und löst „3.11“ damit endlich aus einer japanzentrischen Diskussion.

Berlin

Julian Plenefisch

Zwischen Demokratie und Dekolonisation

Dabashi, Hamid: The Arab Spring. The End of Postcolonialism, 272 S., ZED, London/New York 2012.

Die Protestwellen, die sich seit Anfang 2011 in weiten Teilen des arabischsprachigen Raumes erstrecken, haben nicht nur die regierenden Diktaturen in ihrer Jahrzehnte langen Autokratie erschüttert, sondern auch die herrschenden, westlichen Urteile über die ‚arabischen Völker‘ in Frage gestellt. Galten diese aus westlicher Sicht lange als apolitisch, schicksalsgläubig und gefangen in längst überkommenen, kulturellen Eigenheiten und religiösen Fundamentalismen, so haben die Aufstände von Tunesien über Ägypten bis hin nach Bahrain, Jemen und Syrien bewiesen, dass breite Bevölkerungsschichten bereit sind, sich den Panzern und Snipern der diktatorischen Regime zu stellen, um für ihre politischen Partizipations- und Inklusionsrechte zu kämpfen. Das ist die einleitende Feststellung, von welcher ausgehend Hamid Dabashi seine Lesart der Umbrüche im Maghreb und im Nahen Osten – bekannt unter der Metapher ‚Arabischer Frühling‘ – unternimmt. Dabashi kritisiert in den ersten Kapiteln (S. 1–89) die Narrative und Deutungsmuster westlicher Beobachter, die er als vom Orientalismus geprägt charakterisiert. Anhand einer beeindruckenden Fülle an Zitaten, Anekdoten, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Abhandlungen zeigt Dabashi auf, welche (Fehl)Interpretationen die Proteste gekannt haben. Neben der immer wieder auftauchenden Ansicht, es habe sich nicht um genuin politische Proteste gehandelt, sondern lediglich um die Forderung nach besseren Lebensbedingungen, dekonstruiert Dabashi auch die weit verbreitete Meinung, dass die Bevölkerung Nordafrikas und des Nahen Ostens Demokratie-, unfähig‘ oder -,unwillig‘ sei.